



**Mülheim  
an der Ruhr**  
Stadt am Fluss

## Vorschlag

<b>Einreicher/-in:</b>	Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<b>Datum:</b>	13.03.2019, 11:14
<b>Antragsteller/in:</b>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Fraktion
<b>Beratung:</b>	Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr (11.04.2019 - Entscheidung - öffentlich)
<b>Freitags-Schulstreiks von Mülheimer Schülerinnen und Schülern für den Klimaschutz im Rahmen der weltweiten Fridays for Future-Bewegung</b>	
<b>Vorschlag Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>	

### Vorschlag:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Freitags-Schulstreiks von Mülheimer Schülerinnen und Schülern für den Klimaschutz im Rahmen der weltweiten Fridays for Future-Bewegung“ vor. Sie bittet diesbezüglich um Rederecht für zwei Vertreter\*innen der örtlichen Mülheimer Gruppe sowie um Stellungnahme der Schulverwaltung.

Weiterhin beantragt sie im Rahmen der Befassung die Abstimmung über den folgenden Beschlusstext:

Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr begrüßt das umweltpolitische Engagement vieler Mülheimer Schüler und Schülerinnen für konsequente Maßnahmen gegen die in ihren Ausläufern auch schon in unserer Stadt erfahrbare Klimakatastrophe. Er räumt ein, dass zuvorderst die jüngere Generation und die noch nicht geborenen Generationen die dramatischen Konsequenzen früherer und heutiger Versäumnisse beim Klimaschutz zu tragen haben. In diesem Sinne stellen die Schüler\*innenstreiks eine Notwehr dar. Unumstritten ist, dass Umweltaktionen außerhalb der Schulzeiten

nicht annähernd die mediale Aufmerksamkeit erfahren, die sie angesichts der vor uns liegenden Bedrohung verdienen. In diesem Sinne sind die Streikaktionen ein notwendiger Aufschrei. Der Rat nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass, um den stigmatisierenden Vorwurf zu entkräften, den Aktivist\*innen ginge es zuvorderst um schulfreie Zeit, auch Aktionen außerhalb der Schulzeit geplant sind.

Er appelliert an die Landesregierung, Voraussetzungen dafür zu schaffen, die angekündigte Sanktionierung von an Streiks teilnehmenden Schüler\*innen und sie unterstützender Eltern unterlassen zu können. Dies wäre auch eine Hilfestellung für örtliche Schulleitungen, die im Spannungsfeld zwischen Durchsetzung der Schulpflicht und dem Verständnis für die Aktionen zur Rettung unserer Lebensgrundlagen zerrieben werden. Der Rat der Stadt appelliert darüber hinaus an die Landesregierung, statt eines Konfrontations- und Sanktionierungskurses das Gespräch mit den Vertreter\*innen der landesweiten Bewegung „Fridays for Future“ zu suchen, um Kompromisse auszuloten. Der Rat appelliert zudem an die Landes- und die Bundesregierung, einer vorbeugenden Klimapolitik den ihr gebührenden überragenden Stellenwert einzuräumen. Letztlich nimmt er sich selbst in die Pflicht, dies auch im Sinne von Nachhaltigkeit konsequenter als bisher in Mülheim zu praktizieren und sich dabei auch am Grundsatzprogrammmentwurf der Bewegung Fridays for Future zu orientieren.

Der Rat der Stadt ist sich bewusst, dass die allgemeine Schulpflicht ein hohes Gut ist. Sie darf aber nicht dafür missbraucht werden, den Aufschrei der Jugendlichen zur Bewahrung ihrer Zukunft mit repressiven Maßnahmen zu unterdrücken.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Erklärung an die Landesregierung NRW sowie an die Bundesregierung weiterzuleiten

### **Begründung:**

Das lobenswerte Engagement der Mülheimer Schülerinnen und Schüler verdient eine Würdigung.

Tim Giesbert  
Fraktionssprecher